

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen - Erhalten monatlich 10 Pfennig - Anschlag Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für den ersten Tag 20 Pfennig, für den zweiten Tag 15 Pfennig, für den dritten Tag 10 Pfennig, für den vierten Tag 8 Pfennig, für den fünften Tag 6 Pfennig, für den sechsten Tag 5 Pfennig, für den siebten Tag 4 Pfennig, für den achten Tag 3 Pfennig, für den neunten Tag 2 Pfennig, für den zehnten Tag 1 Pfennig.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Nr. 1000

Nr. 127

Montag, den 2. Juni 1924

19. Jahrgang

### Bergarbeiterbewegung und Öffentlichkeit.

Aus Unternehmerkreisen des Bergbaus wird uns geschrieben:

Als im Jahre 1918 nach der Staatsumwälzung die Macht in die Hände der Partei des Zukunftsstaates gegeben war, wurde bekanntlich als erste und größte Bewegung in Deutschland auf der ganzen Linie die Arbeitszeit verkürzt. Gleichzeitig erzwangen die allmächtigen Gewerkschaften eine Erhöhung sämtlicher Lohnsätze. Das goldene Zeitalter war angebrochen. Leider wirkten die ehernen Gesetze der Wirtschaft unheimlich weiter. Der Ausfall an Arbeitszeit brachte trotz der Behauptungen Brentanos eine entsprechende Berringerung der Gütererzeugung. Das Volkseinkommen, das bei einem verarmten Volke nie größer sein kann als die Gesamtheit der erzeugten Güter oder ihr Tauschwert, wurde erheblich geschnitten. Den höheren Löhnen stand ein geringeres Angebot von Ware gegenüber. Die Teuerung begann. Durch Lohnhöhungen über Lohnhöhen glaubten die Gewerkschaften die steigenden Preise einholen zu können. Vergebens! Gelang es vorübergehend wirklich einer Gruppe, so nur zum Schaden aller übrigen Arbeiter und der Allgemeinheit. Die Warnungen der Führer der Wirtschaft blieben ungehört. Der Wahn sozialistischer Wirtschaftsanschauung hielt das Volk in Fessel.

Als im Vorjahre dieser Wirbel von Ursache und Wirkung bei gleichzeitigem ständigen Abflauen des Volkseinkommens durch den Feind infolge des Ruhrwirtschaftskrieges zum Orkan wurde und alles zu vernichten drohte, begann das Volk zu begreifen. Die Scheiter zerbrach. Mit der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, die zwar unter den schwersten Gebrüchen zustande kam, konnte der Anfang zur Umkehr gemacht werden. Die Zeit war reif geworden. Die Rentenmark konnte sich auf eine gesteigerte Gütererzeugung stützen. Die Preise sanken. Die Arbeitslosigkeit wurde rückläufig. Die Arbeiter wurden mit Pfennigen wieder zufrieden. Der Milliardenauweil war vorüber. In dieser Zeit kehrte der Steinkohlenbergbau durch Abschlässe tariflicher Mehrarbeitsabkommen zur Achtstundenschicht unter Tage zurück. Die hierdurch gewonnene Arbeitsstunde ist keine produktive Arbeitszeit, da die Zeit für die Ein- und Ausfahrt je Schicht die gleiche bleibt. Es hob sich infolgedessen die unter der Hälfte der Vorkriegsleistung heruntergesunkene Leistung des Mannes je Kopf und Schicht in Sachsen auf 70 Proz. der Friedensleistung. Am 1. Januar 1924 konnten infolgedessen die Kohlenpreise im Durchschnitt um 10 Proz. und ab 4. Februar um weitere 6 Proz. abgebaut werden. Es waren sich aber alle an dem Mehrarbeitsabkommen Beteiligten einig, daß eine weitere Hebung der Leistung, bis nahe an die der Vorkriegszeit notwendig sei, um zu einer weiteren Verbilligung kommen zu können. Durch eingehende Untersuchungen unter Mitwirkung der Wissenschaft wurde festgestellt, was unter Berücksichtigung aller Verhältnisse vom Leistungswillen der Arbeiter noch verlangt werden könne und müsse. So lagen die Verhältnisse Anfang Mai, als der große Streik im Bergbau begann.

Beim Ablauf des Mehrarbeitsabkommens am 30. April verlangten die Gewerkschaften Lohnhöhung und kürzere Arbeitszeit. Die alte wirtschaftsverderbende Forderung von 1918! — Daß eine Verkürzung der Arbeitszeit ernstlich nicht in Betracht kommen konnte, war vielleicht auch den Führern der Gewerkschaften klar. Aber hat es Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken? — Ist es nicht viel besser, offen zu sagen, daß es ohne Wirtschaftskrisis in der Steinkohle auf absehbare Zeit wirtschaftlich nicht mehr weitergeht? Sehr beachtenswert sind in dieser Beziehung die Ausführungen des Reichsministers A. Dr.-Ing. Gothein über die Arbeitszeit im Bergbau, die am 18. Mai im „Auer-Abendblatt“ erschienen sind. Dort heißt es u. a.: „Wer dem Volke vorredet, daß wir aus dem entsetzlichen Elend, in das uns der Krieg gestürzt hat, anders als durch intensivste Arbeit herauskommen können, der ist ein Volksverleugung und Volksverführer.“

Das erstaunliche bei dem gegenwärtigen Kampfe ist, daß sich nahezu die gesamte Öffentlichkeit auf die Seite der Bergarbeiter gestellt hat. Die Gemeinden und Bezirksverbände unterstützen sogar aus öffentlichen Mitteln „nach armenrechtlichen Grundätzen“ die Streikenden mit teilweise erheblichen Beträgen, die die Höhe der Erwerbslosenfürsorge erreichen, obwohl der Reichsminister des Innern in seinem Erlass vom 18. Februar ausdrücklich darauf hinweist, daß eine Unterstützung einer Partei bei Wirtschaftskämpfen auch mittelbar nicht erfolgen darf. Was hätte denn sonst auch der in der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge aufgestellte Grundsatz, daß bei Streiks und Ausperrungen Unter-

stützungen nicht gewährt werden dürfen, für einen Sinn, wenn diese aus anderen öffentlichen Kassen kommen dürfen? Eine Hilfsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne kann doch auch wirklich nicht angenommen werden, wenn jemand die Annahme der Arbeit zu den Bedingungen des Tarifvertrages — und das ist ein verbindlich erklärter Schlichterspruch! — verweigert, wie das jetzt im Steinkohlenbergbau der Fall ist. Bedauerlicherweise wird durch diese Unterstützungen der Kampf endlos in die Länge gezogen, wo doch wirklich im Interesse der Allgemeinheit eine baldige Beendigung wünschenswert ist.

Was will die Öffentlichkeit auf Seiten der Bergarbeiter? Will sie sich höhere Kohlenpreise und damit den Beginn einer neuen Teuerungswelle erzwingen? Will sie, daß die aufopfernde Pflichterfüllung der Beamten der Kohlenbergwerke, die arbeitsfrohe Hilfe der Bergschüler und Bergstudenten bei der Ausführung der von den Arbeitern verweigerten Notstandsarbeiten umsonst gewesen sein soll? Will sie, daß die Arbeitsstätten durch verlängerten Kampf soweit verunkelt werden, daß eine größere Anzahl von Arbeitern ihre Verdienstmöglichkeit für lange Zeit oder immer verlieren?

„Der Lohn der Bergarbeiter ist zu niedrig.“ Das ist das Argument der Öffentlichkeit. Wie hoch ist der Lohn der Bergarbeiter? Im Gesamtdurchschnitt liegt er mit 4.45 Mark je Schicht einschließlich aller Abzüge im April auf dem Vorkriegsstand. Daß die Abzüge mit etwa 18 Prozent hoch sind, wird nicht bestritten, liegt aber in den wirtschaftlichen Unmöglichkeiten des Reichsnotstandsgesetzes begründet, vor dem die Arbeitgeber gewarnt haben. Andererseits erhält der Bergarbeiter hierdurch eine Anwartschaft auf eine Rente von 40 Prozent des Jahresdurchschnittslohnes, auf die er bereits mit dem vollendeten 50. Lebensjahr Anspruch hat, ein den Arbeitern der übrigen Industrien gegenüber recht erheblicher Vorteil. Häufig hört man die Behauptung, daß alle Bergarbeiter, Familienväter, mit 16 Mark Wochenlohn nach Hause gehen müßten. Bei näherer Untersuchung stellt sich aber dann heraus, daß in dieser Woche zufällig ein Feiertag gelegen war. Ein Bauer verdient im Durchschnitt des April rund 5 Mark je Schicht. Dieser Lohn kommt in wöchentlichen Abschlägen von etwa 20 bis 22 Mark für den Bauer zur Auszahlung, während der Rest monatlich einmal am Reinkontingent gezahlt wird. Die Bergarbeiter nennen in der Öffentlichkeit meist nur ihre Abschlagsätze, während die monatlichen Restbeträge verschwiegen werden.

Niemand wird behaupten wollen, daß die gegenwärtigen Verdienste der Bergarbeiter im Verhältnis zu den Löhnen in den anderen Industrien als hoch angesehen werden können. Der Bergbau, der selbst das größte Interesse hat, seine Leute so zu bezahlen, daß sie nicht in andere Gewerbe abwandern, kann man aber einmal nicht höhere Löhne tragen, ohne daß die Kohlenpreise erhöht werden, was volkswirtschaftlich nicht vertretbar ist und vom Reichskohlenverband nicht genehmigt werden wird, oder daß andererseits die Leistung gesteigert wird. Daß eine Lohnhöhung aus den eigenen Mitteln der Werke bestritten werden könnte, ist ausgeschlossen, wie auch von den Organen der Kohlenwirtschaft in Berlin festgestellt worden ist.

„Erst mehr Lohn und dann mehr Leistung“ behaupten die Bergarbeiter. Die Erfahrung hat gelehrt, daß eine höhere Leistung nur erzielt wird, wenn die Lohn-erhöhung durch entsprechende Bedingstellung (Mitteln) verdient werden muß. Deshalb haben auch die Bergwerke in dieser Beziehung das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen, ohne daß leider die Gewerkschaften hierfür Verständnis gezeigt hätten. Daß die Löhne der Bergarbeiter heute eine geringere Kaufkraft besitzen als im Januar und Februar liegt hauptsächlich daran, daß andere Industrien, vornehmlich das Baugewerbe und die Bekleidungsindustrie, dem Drängen der Gewerkschaften auf neue Lohnhöhungen nachgegeben haben. Bei diesen Gewerkschaften mögen sich die Bergarbeiter hierfür bedanken. Auch die Unternehmer tragen eine schwere Verantwortung, die aus kurzfristigen Konjunkturgründen nachgegeben haben. Gegen sie mag sich die Stimme der Öffentlichkeit erheben, nicht aber gegen den Bergbau, der es verantwortungsbewußt abgelehnt hat, auf die schlechte Ebene nachzugeben. Wenn man bedenkt, daß 1 Pfennig Lohnhöhung der deutschen fluktuierenden Wirtschaft monatlich nahezu 40 Millionen Mark Betriebskapital entzieht, dessen sie so dringend bedarf, so wird ein Urteil darüber nicht schwer fallen, wer von beiden Recht hat: der Industrielle der Bekleidungsindustrie, der dem Bergdirektor auf seine Klagen, daß er ihm durch die Lohnbewilligungen die Leute wegnähme, erwidert: „Bezahlen Sie gefälligst Ihre Leute anständig!“ oder der Bergdirektor, der darauf antwortet: „Sehen Sie doch gefälligst Ihre Preise herunter, damit nicht nur Ihre Arbeiter, sondern auch alle anderen und die Allgemeinheit etwas davon hat!“

Wer das Volkswohl im Auge hat, muß daran festhalten, daß eine Erhöhung der Lohnsätze dem Arbeiter nichts nützen kann, wenn nicht gleichzeitig eine höhere Gütererzeugung eine bessere Lebenshaltung ermöglicht. Wenn dem Arbeiter aber mit einer Lohn-erhöhung doch nicht gebietet ist, so fordert es letzten Endes auch das Interesse der Arbeiter, daß ihre Forderungen abgelehnt bleiben. Verbilligung der Produktion, Erweiterung des Absatzgebietes, Berringerung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes durch Preisabbau ist das Ziel, für das der Bergbau kämpft. Die Öffentlichkeit aber stellt sich gegen ihn. Werden wir wohl jemals etwas lernen!

### Ausweg aus der Kreditnot.

Die Kreditnot nimmt in Sachsen immer bedauerlichere Formen an und läßt für die nächsten Wochen Schlimmes befürchten, wenn nicht bald durchgreifende Abhilfe geschaffen wird. Eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit ist fast unvermeidlich, da auch die Golddisfontbank das Kreditbedürfnis der für das Inland arbeitenden Industriellen nicht befriedigen kann, die von ihr geschaffenen Erleichterungen also nur in beschränktem Umfang merkbar sind. Ohne Aufrechterhaltung des Inlandsgeschäftes wird aber schließlich auch der Export zurückgehen, da beide Gruppen der industriellen Tätigkeit miteinander eng verknüpft sind. Schon jetzt müssen Auslandsaufträge zurückgewiesen werden, da sie nicht finanziert werden können. Der Verband sächsischer Industrieller hat durch die täglich bei ihm eingehenden Klagen und Beschwerden reichhaltiges Material über den Ernst der gegenwärtigen Situation gewonnen und sich nach jeder Richtung bemüht, Erleichterungen herbeizuführen. Er ist auch beim Reichsbankdirektorium wiederholt in schriftlichen Eingaben und mündlichen Vorstellungen dafür eingetreten, daß mit Rücksicht auf die ohnehin schwierigen sächsischen Verhältnisse möglichs Entgegenkommen gegenüber den Wünschen und Anträgen sächsischer Industriebetriebe geübt wird. Die Reichsbank hat sich leider nicht in der Lage gesehen, ihre gegenwärtige Kreditpolitik zu ändern, da sie deren oberstes Ziel, die Erhaltung der Rentenmarkwährung, nur dann erreichen kann, wenn jede Möglichkeit einer neuen Inflation unterbunden wird. Leider ist in der gegenwärtigen Situation eine sichtbare Erleichterung der Kreditverhältnisse durch die Reichsbank mit der Gefahr einer neuen Inflation unvermeidlich verbunden. Eine Lösung der Krise kann deshalb nur erreicht werden, daß die Bildung der neuen Regierung nach Möglichkeit beschleunigt wird, damit das neue Kabinett sich nach seiner Konstituierung zuerst mit dieser Frage befaßt und ohne Zögern die Voraussetzungen schafft, um in Deutschland einen normalen Geld- und Kreditverkehr wieder herbeizuführen. Nur so kann den jetzigen un- haltbaren Zuständen ein Ende bereitet werden. — Der Verband hat in Berlin entsprechende Anträge gestellt und die verantwortlichen Stellen, auch die Parteien, darauf hingewiesen, daß in dieser Frage größte Eile vonnöten ist, wenn nicht aus der weiteren Steigerung der Kreditnot die schwersten volkswirtschaftlichen Schäden entstehen sollen.

### Um Stresemann.

In der Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei wurde eine Entschließung angenommen, in der die Fraktion die gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann erhobenen Angriffe auf das schärfste zurückweist. Sie billigt seine politische Tätigkeit und seine Arbeit als Reichsaußenminister. Es sei aus sachlichen Gründen geboten, nicht durch einen Wechsel der Person den Anschein einer außenpolitischen Kursänderung hervorzu- rufen.

### Vor der „kleinen Koalition“.

Nachdem die Verhandlungen mit den Deutschnationalen abgebrochen worden sind, steht im Vordergrund der Erwägungen eine Regierung der „kleinen Koalition“ aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei. Dieses Kabinett wollen die Sozialdemokraten unterstützen, um die Annahme des Sachverständigenrats zu sichern. Die Einigung mit den mit den Deutschnationalen ist an ihrer Gegnerschaft gegen den Sachverständigenrat gescheitert. Die Regierung der „kleinen Koalition“ hätte keine eigene Mehrheit, sondern würde von dem Wohlwollen der Sozialdemokraten abhängen.

### Die Gewaltpolitik des Generals de Meij zum Schutz der Separatisten.

Die beiden Notizen des Provinzialdelegierten für die Walsch, General de Meij, in denen dieser die Forderung von 20 000 Goldmark an den Separatisten und früheren Wälschweilern